

Flüchtlingsinitiative besucht Kanzleramt

Neusser Unternehmer fordern Korrekturen bei der Integrationspolitik.

VON FRANK KIRSCHSTEIN

NEUSS/BERLIN Weniger Bürokratie, mehr Orientierung an der Wirtschaft, praxisnahe Kombination von Schule und Ausbildung – so kommen Flüchtlinge schneller in Arbeit, und es gelingt ihnen leichter, in der neuen Heimat Fuß zu fassen. Vertreter der Neusser Unternehmerinitiative „Kompass D“ haben entsprechende Vorschläge, die auf Erfahrungen aus einem Ende 2015 gestarteten Projekt basieren, gestern im Kanzleramt diskutiert.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) aus Neuss hatte das Gespräch mit Peter Altmaier (CDU), Chef des Bundeskanzleramtes und Koordinator der Bundesregierung für Flüchtlingsfragen, und Frank-Jürgen Weise, bis vor kurzem Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), vermittelt. Integration, Ausbildung und Arbeit als Schlüssel für eine Lebensperspektive in der neuen Heimat, dafür arbeitet „Kompass D“ bereits seit eineinhalb Jahren. Als immer mehr Flüchtlinge nach



Im Kanzleramt diskutierte die Initiative „Kompass D“ mit Kanzleramtschef Peter Altmaier (r.), Minister Hermann Gröhe (vorne l.) und Frank-Jürgen Weise (2.v.r.), bis vor kurzem Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. FOTO: KI-

Deutschland kamen, wurde die Idee in der Neusser Werhahn-Gruppe geboren. Bei einem Unternehmerforum unserer Zeitung fanden sich weitere Unterstützer. 20 Geldgeber aus dem Rhein-Kreis Neuss sind es inzwischen, die der Initiative eine Million Euro zur Verfügung stellen, damit diese drei bis vier Jahre unabhängig von öffentlichen Geldern agieren kann. Der Kreis und die Städte Neuss, Grevenbroich und Dormagen arbeiten mit. An vier

Lernorten gibt es Unterricht für Flüchtlinge, an „Unternehmer-Tagen“ werden Berufsbilder präsentiert, Lotsen koordinieren die Angebote, begleiten die Flüchtlinge. Aus Hindernissen, mit denen „Kompass D“ zu kämpfen hat, wurden konkrete Vorschläge abgeleitet. So könnten Sprach- und Mathe-Unterricht parallel zur Lehre laufen – und nicht, wie bisher, nacheinander. Praktika von Flüchtlingen müssten ohne Genehmigungen durch Behörden

möglich sein. Zielgerichtete Informationen über Ausbildungsberufe könnten Flüchtlingen die Berufswahlentscheidungen erleichtern.

Bis Ende August sollen 75 Prozent der Teilnehmer einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben. Das Fazit von Johann-Andreas Werhahn, Werhahn-Stiftung, und Christoph Buchbender, Vorstand der Rhein-Land Versicherungsgruppe, die die Delegation anführten: „Das Ziel, ‚Neu-Neusser‘ in Arbeit zu bringen, wird erreicht.“ Voraussetzung sei die Bereitschaft von Unternehmen, Flüchtlingen eine Chance zu geben. Altmaier lobte die Neusser Initiative als „herausragend“ und beispielhaft. Gröhe und Weise, seit Kurzem Beauftragter des Innenministeriums, sagten konkrete Unterstützung zu: Experten der Arbeitsagentur und des BAMF sollen die von „Kompass D“ betreuten Fälle analysieren. Neben der Hilfe für einzelne Flüchtlinge sollen so auch grundlegende Integrationshindernisse identifiziert werden, um bestehende Regelungen, die als Integrationsbremse wirken könnten, zu ändern.